Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk., pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 18. Nebra, Mittwoch, 4. März 1903. 16. Jahrgang.

Veränderungen in höheren Regierungsstellen Preußens.

Der schon seit einiger Zeit angekündigte Wechsel in einer größeren Anzahl von höheren Regierungsstellen ist nunmehr vollzogen worden. Neben dem Posener Oberpräsidenten Dr. von Bitter, zu dessen Nachfolger der Königsberger Regierungspräsident v. Waldow ernannt worden ist, sind die Regierungspräsidenten v. Tepper-Laski in Köslin und v. Arnstedt in Magdeburg verabschiedet worden. Ferner waren durch den Tod des Regierungspräsidenten v. Holleufer in Düsseldorf und durch die Wahl des Regierungspräsidenten Renvers in Arnsberg zum Landeshauptmann der Rheinprovinz zwei wichtige Vakanzen eingetreten. Alle diese Umstände führten zu folgenden Personalveränderungen:

Regierungspräsident v. Waldow in Königsberg wird durch den dortigen Oberpräsidialrat v. Werder ersetzt. Die Stellung als Regierungspräsident in Düsseldorf erhält der mit den Verhältnissen dieses wichtigen Bezirks aus früherer Amtstätigkeit vertraute Regierungspräsident Schreiber in Minden, an dessen Stelle der aus Westfalen stammende Regierungspräsident Kruse aus Bromberg tritt. Regierungspräsident in Bromberg wird der früher als Landrat und beim Oberpräsidium in der Provinz Posen angestellt gewesene Geheime Oberfinanzrat v. Günther aus dem Finanzministerium. Für die Stelle in Arnsberg ist der Oberpräsidialrat Dr. Frh. v. Coels v. d. Brügghen aus Koblenz in Aussicht genommen. Der Regierungspräsident v. Brandenstein in Hannover rückt in die gleiche Stellung in Magdeburg, während die Stelle in Hannover durch den Regierungspräsidenten v. Philipsborn in Hildesheim besetzt wird, für welchen der der Provinz Hannover entstammende Oberpräsidialrat Fromme aus Kassel Regierungspräsident in Hildesheim wird. In Köslin wird der Polizeipräsident Graf Schwerin aus Hannover Regierungspräsident und erhält zu seinem Nachfolger in Hannover den charakterisierten Polizeipräsidenten Steinmeister aus Kassel. Der Letztere wird durch den Regierungsrat Grafen Berg in Hannover ersetzt. Es sind ferner die Polizeipräsidenten v. Schrötter von Stettin nach Kiel und v. Puttkamer von Kiel nach Stettin versetzt worden.

Zur Charakteristik der genannten Herren schreibt der ‚Berl. Lok.-Anz.':

Dem neuen Oberpräsidenten von Posen geht der Ruf eines außerordentlich tüchtigen Verwaltungsbeamten vorauf. In politischer Beziehung dürfte Herr v. Waldow auf dem Standpunkte der deutsch-konservativen Partei stehen; in Königsberg hatte er durch die Nichtbestätigung eines freisinnigen Stadtrats und die im Disziplinarwege vorgenommene Verwarnung des freisinnigen Landtagsabgeordneten Dr. Krieger wiederholte Konflikte mit den städtischen Körperschaften, bei der jüngst erfolgten Einführung des neuen Oberbürgermeisters Körte bekannte er sich jedoch ausdrücklich als einen warmen Freund der Selbstverwaltung. — Der neue Regierungspräsident von Königsberg von Werder war früher Landrat des Saalkreises in Halle, von wo er im November 1899 nach Königsberg kam. Zu gleicher Zeit war der jetzt nach Düsseldorf versetzte Regierungspräsident Schreiber von dort nach Minden gekommen. Er war von 1881—1892 Landrat in Hadersleben, dann Ober-Regierungsrat in Arnsberg und seit 1897 in Düsseldorf. Sein Nachfolger in Minden, Regierungspräsident Kruse, ist noch nicht lange in Bromberg tätig, wo er auf den zum Chef der Reichskanzlei ernannten Regierungspräsidenten Conrad folgte. Besonders stark wird die Provinz Hannover von dem „Präsidentenschub" betroffen. Der nach Magdeburg versetzte Regierungspräsident v. Brandenstein galt als der hauptsächlichste Förderer derjenigen Bestrebungen, die darauf abzielten, in jener Provinz eine konservative Partei ins Leben zu rufen, wodurch bei den Wahlen in vereinzelten Fällen die Welfen noch gegenüber den Nationalliberalen Vorteile errangen. Sein Nachfolger in Hannover v. Philipsborn, ein Sohn des früheren Direktors im Auswärtigen Amte Maximilian v. Philipsborn, ist nach kurzer Beschäftigung bei den Regierungen zu Aachen und Stettin mehrere Jahre bei dem Oberpräsidium in Koblenz und seit 1891 als vortragender Rat im Ministerium des Innern tätig gewesen. Im Jahre 1894 wurde er zum Geheimen Oberregierungsrat und im Juli 1899 zum Regierungs-Präsidenten von Hildesheim ernannt. — Außer dem Regierungs-Präsidenten von Hannover sind auch der dortige Polizei-Präsident Graf Schwerin und der Regierungsrat Graf Berg, die in politischer Beziehung den Standpunkt v. Brandensteins teilten, in andere Ämter versetzt worden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Freitag debattelos einige Petitionen und beschäftigte sich sodann mit der ersten Lesung der Novelle zum Krankenkassengesetz. Dieselbe besagt, daß die Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen, die Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf 6 Wochen verlängert, und die Geschlechtskrankheiten mit den anderen Krankheiten gleichgestellt werden sollen. Gegen die Einbeziehung der Geschlechtskranken in das Krankenkassengesetz erhob nur der Abg. Spahn namens des Zentrums Widerspruch. Ferner wurde namentlich durch den Abg. Gamp (freikons.) und von national-liberaler Seite die Notwendigkeit betont, schon jetzt die schwierige Frage des Verhältnisses der Krankenkassen zu den Ärzten und Apotheken zu regeln. Die überwiegende Mehrzahl der Redner sprach sich indes dahin aus, daß im Interesse einer baldigen Verabschiedung der Novelle diese Fragen zurückzustellen seien. Die Vorlage wurde an eine Kommission überwiesen.

Am 28. v. stehen zunächst auf der Tagesordnung Petitionen. Eine Petition betr. Einführung der Strafverschickung wird dem Kommissionsbeschluß entsprechend als Material überwiesen, unter Ablehnung eines vom Abg. Thiele (soz.) gestellten Antrages auf Übergang zur Tagesordnung.

Es folgt die zweite Beratung des Postetats mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs."

Staatssekretär im Reichspostamt Krätke gibt zunächst einige Aufklärungen darüber, in welcher Weise der vorliegende Etat aufgestellt ist und spricht die Hoffnung aus, daß der nächste Etat außer den vorgesehenen 15 Millionen Mehreinnahmen noch 4—5 Millionen einbringen und damit einen Ueberschuß von 20 Millionen liefern wird. Den auf Vermehrung des etatsmäßigen Beamtenpersonals gerichteten Wünschen sei, soweit notwendig, Rechnung getragen worden. Es sind 5000 neue Beamtenstellen geschaffen, darunter allerdings nur 2000 für Assistenten, statt der verlangten 3000. Die Zahl der nicht etatsmäßigen Hilfsbeamten beträgt 9000, aber dauernd sind nur 1900 beschäftigt. Einen vom Abg. Müller-Sagan eingegangenen Antrag auf weitergehende Erhöhung der Beamtenzahl, als im Etat vorgesehen ist, erkärt er für nicht annehmbar. Der Staatssekretär geht ferner auf die Anstellungsbedingungen für die Assistenten ein, die sich wesentlich gebessert haben. Insbesondere erklärt er bezüglich der Unsicherheit der Stellung: Die Befürchtungen in dieser Beziehung sind unbegründet. Wir machen von dem Rechte der Entlassung von Assistenten nur dann Gebrauch, wenn bei fest angestellten Beamten ein Disziplinarverfahren eintreten würde.

Abg. Hug (Ztr.) bringt eine Anzahl von Wünschen seitens der Beamten vor, insbesondere wünscht er eine Erhöhung der Wohnungsgeldbezüge namentlich für Unterbeamte. Auch eine ausgiebige Sonntagsruhe müßte den Unterbeamten gewährt werden.

Abg. Eickhoff (frs. Vp.): Trotz der augenblicklich schlechten Gesamtlage der Reichsfinanzen haben wir keinen Anlaß, speziell hinsichtlich des Postetats trübe in die Zukunft zu schauen. Die Einnahmen der Postverwaltung haben dauernd, wenn auch in den letzten Jahren etwas langsamer zugenommen, und wir dürfen hoffen, daß sie weiter zunehmen. Im Gegensatze zu anderen möchte ich deshalb auch den Staatssekretär bitten, nicht mit Reformen nachzulassen. Redner empfiehlt dann durchgängig vierteljährige Gehaltszahlung und rügt es, daß die Aussichten der höheren Beamten auf Beförderung jetzt so sehr schlechte seien. Um so schlimmer wäre es, wenn sich eine Nachricht bestätigte, daß neuerdings mehr Juristen in die höhere Laufbahn eingeschoben werden sollen.

Abg. Singer (soz.) widerspricht dem Verlangen des Vorredners nach Verallgemeinerung der vierteljährlichen Gehaltszahlung und kann auch das ganze System der Stellenzulagen nicht gutheißen. Redner führt weiter Beschwerde über zu lange Arbeitszeit, zu mangelhafte Sonntagsruhe und die höchst mangelhaften Urlaubsbewilligungen der Unterbeamten. Auch für die Telephonistinnen bestände vielfach zu lange Arbeitszeit. Besonders zu rügen sei die Fortdauer der Maßregelungen von Unterbeamten unter Eingriff in ihre staatsbürgerlichen Rechte.

Staatssekretär Krätke weist die Beschwerden des Vorredners zurück.

Abg. Stöcker (kons.) wünscht eine Erhöhung des Anfangsgehalts der Landbriefboten und beschwert sich über zu umfangreichen Sonntagsdienst an einzelnen Orten.

Staatssekretär Krätke: Nach den Anordnungen, die von uns ausgehen, sollte eine solche Ausdehnung des Dienstes am Sonntage nicht stattfinden. Möglich ist es aber, daß der Amtsvorsteher auf eigene Hand vorgegangen ist. Werden uns die Orte genannt, so werden wir nachforschen. Was die Anstellung der Juristen im Staatsdienst betrifft, so habe ich nie daran gedacht, Juristen im höheren Postdienst anzustellen.

Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) moniert es, daß seine vorjährige Anregung, zu postalischer Abmachung mit der Schweiz zu gelangen in der Richtung einer Verkehrsverbilligung, noch immer keine Beachtung gefunden habe. Redner weist dann noch einige Singersche Bemerkungen zurück, welche gegen Eickhoff und dessen Ausführungen über Stellenzulagen gerichtet waren, um dann noch auf die Stellung der Unterbeamten einzugehen. Unrichtig sei es, diesen die Reinigung der Büreauräume zu übertragen. Das sollte man doch Reinmachefrauen überlassen. Es komme sogar vor, daß der Unterbeamte die Privatwohnräume des Postamtsvorstehers reinigen müsse. Einer, der sich dessen weigerte, sei sogar wegen Gehorsamsverweigerung bestraft worden.

Staatssekretär Krätke: Mir ist von einem solchen Falle nichts bekannt. Ich würde es für vollständig ungehörig halten, wenn dem Unterbeamten eine solche private Arbeit zugemutet und er gar noch, wenn er sich weigert, bestraft wird.

Abg. Kirsch (Zentr.) widerspricht der von Eickhoff gewünschten Verallgemeinerung der vierteljährlichen Gehaltszahlung. Die Lage der Beamten, ganz besonders aber der Unterbeamten sei in bezug auf die Wohnungsfrage in der Tat eine sehr mißliche. Redner verlangt sodann noch eine größere Berücksichtigung der „Sonntagsruhe" in den vorwiegend katholischen Orten, speziell auch an den katholischen Feiertagen.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) geht auf die Lage der Unterbeamten, zumal der noch nicht festangestellten ein. Man sollte ihnen nach Möglichkeit entgegenkommen. Ebenso den Polizeiagenten und Landbriefträgern.

Abg. Werner (Antis.) ist der Ansicht, daß die Zahl der festangestellten Assistenten vermehrt werden müsse.

Abg. Lenzmann (frs. Vp.) beklagt, daß trotz vorjährigen Versprechens des Staatssekretärs diesmal nur 2000 statt 3000 neue Assistentenstellen in den Etat eingestellt seien. Diesmal dürfe sich daher das Haus nicht mit einer Resolution begnügen, sondern müsse gleich selber die fehlenden 1000 einstellen.

Staatssekretär Krätke: Nicht finanzielle Rücksichten, sondern lediglich Rücksichten auf den Dienst haben veranlaßt, das nur 2000 Stellen eingestellt sind. Auch liegt kein bestimmtes Versprechen vor, daß gerade 3000 eingestellt werden sollten.

Hierauf wird der Titel „Staatssekretär" genehmigt und auf Antrag Müller-Sagan die Assistenten- usw. Titel der Budgetkommission überwiesen.

Generalleutnant z. D. v. Manteuffel †.

Am Freitag früh ist in Charlottenburg der verdienstvolle Generalleutnant z. D. Rudolf v. Manteuffel aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene, welcher am 4. Juni 1817 zu Bärwalde (Kreis Neustettin) geboren wurde, begann seine militärische Laufbahn im Jahre 1834 als Portepee-Fähnrich im damaligen 30. Infanterie-Regiment (jetzigen 4. Rhein. Inf.-Rgt. Nr. 30). Er nahm an den Feldzügen von 1866 und 1870/71 teil und erwarb sich im letzten Kriege als Führer der 24. Infanterie-Brigade das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Bis zum Jahre 1879 kommandierte er die 6. Division.

Preußischer Landtag.

Am Freitag erledigte das Abgeordnetenhaus zunächst die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. In der darauf fortgesetzten Beratung des Eisenbahnetats wurden von den Rednern aller Parteien zahreiche lokale Wünsche, insbesondere betr. Bahnhofsneubauten bezw. -Umbauten, geäußert. Der Etat wurde erledigt. Am Schluß der Beratung erklärte der Minister ebenso wie am Donnerstag bei der Erörterung der Beamtenbesoldungen, daß alle vorgetragenen Wünsche geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden würden.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am 28. v. zunächst mit der Interpellation der Konservativen betr. die Beseitigung der Notstände an der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe. Minister Budde erklärte, die Staatsregierung erkenne das Vorhandensein dringender Notstände an diesen Flußläufen an; hoffentlich werde es möglich sein, im nächsten Etat die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Hochwasserprojekt der Elbe unterliege zurzeit noch der Prüfung. Die Redner aller Parteien erkannten die Notwendigkeit der Flußregulierungen an und erkärten sich bereit, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Abg. Schmieding begründete die Interpellation der Nationalliberalen betr. die Ausführung des Dortmund-Rheinkanals. Minister Budde erklärte, die Regierung halte nach wie vor an der Auffassung fest, daß sie die baldige Ausführung des Dortmund-Rheinkanals durch das Emschertal als Teilstrecke des Rhein-Weser-Elbekanals für notwendig erachte. Da in dem in Frage kommenden Gelände die Bebauung mit großer Schnelligkeit fortschreite, so finde zurzeit eine Nachprüfung der Linienführung statt. Da sonach die Linienführung nicht feststehe, so könne die Regierung mit dem Grunderwerb noch nicht vorgehen. Es fand eine Besprechung der Interpellation statt. Darauf wurden noch vom Bauetat die Einnahmen erledigt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser begab sich am Montag abend von Berlin aus über Oldenburg nach Wilhelmshaven zur Vereidigung der Marinerekruten und fährt von dort aus nach Helgoland.

*Der Kaiser hat den Regierungs-Präsidenten v. Waldow in Königsberg zum Ober-Präsidenten der Provinz Posen ernannt.

*In der Freitag-Sitzung der Budget-Kommission des Reichstags hat der Kriegsminister von Goßler erklärt, daß sich unsere neuen Geschütze bewähren: was die Rohr-Rücklaufgeschütze anlangt, so habe sich noch kein fester Niederschlag der Anschauungen gebildet, und die Sache werde als gar nicht dringend angesehen. Entsprechend dieser Erklärung wird denn auch die Nachricht, bei Krupp würde bereits an der Umgestaltung des deutschen Feld-Artillerie-Geschützes gearbeitet und bis Oktober werde eine große Anzahl Rohrrücklauf-Geschütze fertiggestellt sein, entschieden dementiert. Es handle sich um Versuchsgeschütze.

*Von der Petitionskommission war der Geschäftsordnungs-Kommission bekanntlich die Eingabe des Oberamtmannes Banner in Stuttgart auf Verstärkung der Präsidialgewalt im Reichstage überwiesen worden. Der Oberamtmann hatte vorgeschlagen, daß eine schwarze Fahne am Präsidialtische gehißt werden und der Polizeileutnant zu Hilfe gezogen werden sollte, wenn turbulente Szenen sich ereigneten. Die Kommission erachtete die Petition als ungeeignet für die Erörterung im Plenum.

*Gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes wird nach einer Meldung der ‚Frankf. Ztg.' aus Dresden die sächsische Regierung im Bundesrat stimmen. — Nach der ‚Nationalztg.' werden als sicher für die Aufhebung des § 2 bis jetzt nur die 18 Stimmen Preußens mit Waldeck und die 6 Stimmen Bayerns, also 24 unter 58, angesehen. Gegen den Antrag werden Sachsen (4), Württemberg (4) und Braunschweig (2), zusammen 10 Stimmen sei. Wie die anderen Staaten votieren werden, ist nicht bekannt.

*Der oldenburgische Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, wonach die Regierung ersucht wird, dem nächsten Landtage eine Vorlage zu machen, durch die in allen Gemeinden das Proportionalwahlrecht auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts eingeführt wird.

Österreich-Ungarn.

*Im Herrenhause erklärte Ministerpräsident v. Körber auf eine Anfrage, daß der Run auf die böhmische Sparkasse durch beunruhigende, aber jeder Grundlage durchaus entbehrende Gerüchte von großen Verlusten des Instituts hervorgerufen worden sei. Die Kasse habe vom 20. bis 25. Februar zwölf Millionen zurückgezahlt. Leider seien die bisherigen Untersuchungen nach dem Urheber jener, offenbar in böswilliger Absicht ausgestreuten Gerüchte ohne Erfolg geblieben.

England.

*Der König hat dem englischen Botschafter in Washington Herbert das Großkreuz des St. Michael-Ordens verliehen. Der Dank für Beendigung des Venezuela-Rummels, bei der allerdings Sir Herbert unter der Grobheit der „Hemdärmel-Diplomatie" Bowens besonders zu leiden gehabt hat!

Holland.

*Schon beginnt die Energie der Regierung zu wirken. Die Organisation der Eisenbahnarbeiter scheint wirklich einen Stoß erhalten zu haben. In der Nacht zum Freitag hat eine Versammlung in Groningen bereits beschlossen, daß man der Regierung Zeit lassen solle für ihre Verbesserungen. Auf der andern Seite waren zwar auch manche Eisenbahnarbeiter zum Streik

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219030304-16/fragment/page=0001

bereit. Das Trambahnpersonal in Rotterdam konnte zu einem engen Anschluß an die Vereinigung auch nicht bewogen werden. Inzwischen fährt die Regierung mit ihren Maßnahmen fort. Auf allen Eisenbahnen ist es den Beamten nunmehr streng verboten, ihren Posten zu verlassen. Die meisten Stationen in Holland, selbst die kleineren, sind militärisch besetzt.

Balkanstaaten.

*Fürst Ferdinand und dessen Regierung erhielten sehr beunruhigende Nachrichten aus dem Innern Macedoniens. Man befürchtet, die Türkei werde, unterstützt durch den Schutz des Wiener und Petersburger Kabinetts, die ihre Rüstungen billigten, einen energischen Vorstoß gegen Macedonien unternehmen. Die Parole lautet, daß die Macedonier ausgerottet werden müssen. (Das wäre eine verblüffend einfache Lösung der macedonischen Frage!)

Amerika.

*In der Venezuelafrage hat die amerikanische Regierung den Vorschlag gemacht, Mr. Beagh solle bei dem Haager Schiedsgericht zum alleinigen Vertreter aller derjenigen Mächte ernannt werden, die sich nicht an der venezolanischen Blokkade beteiligt haben. Mr. Beagh war im Jahre 1870 amerikanischer Gesandter in Konstantinopel, 1893 Botschafter in Rom.

*Während die Ruhe in der Republik Haiti vorläufig gesichert zu sein scheint, brechen wieder Wirren in der Nachbarrepublik Santo Domingo aus. Der Aufstand ist dort, wie eine Depesche der „Agence Havas" behagt, im Zunehmen begriffen; die Streitkräfte der Revolutionäre seien im Vormarsch gegen die Hauptstadt Santo Domingo, sowie die Städte Puerto Plata und Santiago begriffen.

Afrika.

*Die drei Burenführer Botha, Delarey und Smuts haben es bekanntlich abgelehnt, in den für Transvaal zu bildenden gesetzgebenden Rat einzutreten. Wie jetzt aus dem Johannesburger „Leader" zu ersehen ist, geschah die Weigerung deswegen, weil sie in jener Körperschaft mit dem ehemaligen Führer der auf englischer Seite fechtenden Buren hätten zusammensitzen müssen. Der berechtigte Widerwillen gegen diese Abtrünnigen ist bei den alten Kämpfern noch ungeschwächt vorhanden und wird auch nie erlöschen.

Asien.

*Einem Pariser Telegramm aus Peking zufolge legten der Kaiser und die Kaiserin-Mutter zum ersten Male europäische Kleider an und erklärten, daß, wenn die Neuerung „sich bewähre", der ganze Hofstaat europäische Kleider tragen werde. (Warum nicht gleich „Reform"-Kleidung. Das wäre doch wenigstens eine wirkliche Reform in China!)

[illegible] Tongking eingegangene Meldungen bestätigen, daß die chinesische Regierung an der tongfinesischen Grenze große Tätigkeit entfalte. Man erwarte infolge der englischen Wühlereien Verwickelungen mit Frankreich.

Von Nah und fern.

Der große Deutsche Städtetag, der in Verbindung mit der am 20. Mai beginnenden Deutschen Städte-Ausstellung in Dresden stattfindet, wird in der zweiten Septemberwoche von Kaiser Wilhelm besucht werden. Es besteht die Absicht, hierbei dem Kaiser seitens der Vertreter der Städte eine große Huldigung darzubringen. Ursprünglich plante man, hiermit einen Kostüm-Festzug zu verbinden, in welchem Heinrich der Städte-Erbauer erscheinen solle, mit historischen Gruppen der beteiligten deutschen Städte. Gegen diesen Festzug sind aber verschiedene Bedenken geltend gemacht worden. Dagegen herrscht jetzt über die Darbringung der Huldigung volle Übereinstimmung. Vorbereitende Schritte sind bereits im Gange. Den Vorsitz bei dem Deutschen Städtetag wird Oberbürgermeister Kirschner-Berlin führen.

Das Drama der Prinzessin Luise beginnt sich zu lösen. Die Prinzessin ist am Sonntag in Lindau, wo ihr Vater eine Villa besitzt, mit ihrer Mutter zusammengetroffen. In jener Villa wird die Prinzessin bis zu ihrer Niederkunft bleiben. Die Dienerschaft stellt der toskanische Hof.

Vermächtnis. Freifräulein v. Lommessen hat, wie im Stadtrat zu Aachen mitgeteilt wurde, der Stadt 189 000 Mk. zu Armenunterstützungen vermacht.

Drohender Bergrutsch. Zwischen Trier und Schweich droht an der Provinzialstraße, dort, wo bei Schweicher Fähre die neue Moselbahn Erdmassen entnommen hat, ein gewaltiger Bergrutsch. Zur Verhütung von Unglücksfällen sind Wachen aufgestellt.

Ein raffinierter Betrüger, der in telegraphischen Postanweisungen „macht", ist zurzeit der Schrecken der Postanstalten; er hat erst kürzlich in einer Berliner Gastwirtschaft einen ziemlich hohen Betrag für eine telegraphische Postanweisung ausLeipzig ausbezahlt erhalten, zu deren Absendung er den Aufgeber durch ein gefälschtes Telegramm veranlaßt hatte. Eine gleiche Betrügerei ist kürzlich in Wien von einem Manne verübt worden, der unter Vorlegung eines für den Ersatzreservisten „Lehrer Karl L. aus Schwebe bei Soest" ausgestellten Militärpasses eine für Professor L. aus Leipzig eingegangene Postanweisung abgehoben hat. Nach den bisherigen gerichtlichen Ermittlungen handelt es sich wahrscheinlich um den in Soest geborenen, 32 Jahre alten Lehrer Karl L., der seit längerer Zeit stellenlos ist und sich bereits früher unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Geldmittel zu verschaffen gesucht hat. Er wird steckbrieflich verfolgt.

Vor einen Eisenbahnzug geworfen hat sich in Oos in Baden der Berliner Gemeindeschullehrer Sch., ein noch junger Mann, der in der siebenten Klasse einer Mädchenschule unterrichtete und seit drei Tagen nicht erschienen war. Er scheint an Wahnvorstellung zu leiden, daß die Polizei ihm auf den Fersen sei, und aus diesem Grunde vor den Zug gesprungen zu sein. Die erlittenen Verletzungen sind wunderbarerweise nur leichter Natur.

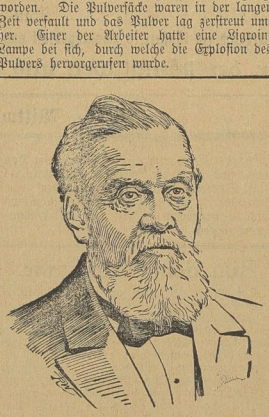
Tod infolge Verschluckens einer Spielkugel. Die neunjährige Tochter der Verlorenschen Eheleute in Weißstein spielte mit einer Kugel und steckte diese beim Spiel in den Mund. Die Kugel geriet in die Luftröhre, und ehe ärztliche Hilfe gebracht werden konnte, war das Kind während der Fahrt zum Arzt erstickt.

Vom Sohn erschlagen. In Grenzdorf (Kreis Danziger Höhe) erschlug der 28 jährige Eigentümer Fritz Kuschel nachts mit einer Axt seinen bei ihm als Altsitzer wohnenden Vater nach einem Streite und stellte sich dann dem Gemeindevorsteher.

Einen kühnen Fluchtversuch machte bei Thorn eine russische Arbeiterin, die von einem Geschworenen verhaftet worden war, weil sie trotz Verbotes sich in Preußen aufhielt. Als der Gendarm mit ihr an der Fähre in Thorn ankam, sprang die Frau plötzlich in die Weichsel und schwamm, auf dem Rücken liegend, der Gamonschen Schiffswerft zu. Der Beamte und einige andere Personen eilten ihr am Ufer nach, bestiegen dann einen Kahn und suchten sie zu erreichen. Die Frau schwamm nun der Mitte der Weichsel zu. Schließlich gelang es aber den Männern, sie zu erfassen und ans Land und in das Gefängnis zu bringen.

Kaiser Franz Joseph fuhr am Donnerstag nachmittag durch die starkbelebte Mariahilfer Straße, als ein Radfahrer, der der elektrischen Bahn ausweichen wollte, direkt in den kaiserlichen Wagen hineinfuhr. Der Radfahrer flog im Bogen auf die Straße, und sein Rad kam unter die Wagenräder des Hofwagens. Der Kaiser sprang aus dem Wagen, ehe dieser noch hielt, beugte sich über den am Boden Liegenden und sprach ihm sein herzlichstes Bedauern über den Unfall aus. Natürlich umringte sofort eine große Menschenmenge den Kaiser, der unter den Hochrufen seiner Wiener den Wagen bestieg und nach Schönbrunn fuhr. Der Radfahrer hatte sich auf die teilnehmende Frage des Kaisers geweigert, seinen Namen zu nennen; er hatte aber in dem hilfreichen Samariter den Monarchen nicht erkannt.

Infolge einer Explosion von altem Schießpulver im Kellergewölbe der Hofburg am Josephsplatz in Wien wurden Freitag vormittag zwei Hofzimmerleute, welche nebeneinander arbeiteten und einen Fußboden legen wollten, verletzt, ersterer schwer. Die Ermittelungen ergaben, daß sich früher in dem erwähnten Kellerraum fünf sechspfündige Büchsenkartätschen befanden, welche wahrscheinlich zur Munition der seinerzeit in der Hofburg aufgestellten zwei Geschütze gehörten. Dieselben waren unbedachterweise unter die Fußbodendiele gelegt worden. Die Pulversäcke waren in der langen Zeit verfault und das Pulver lag zerstreut umher. Einer der Arbeiter hatte eine Lignoin-Lampe bei sich, durch welche die Explosion des Pulvers hervorgerufen wurde.



Wirkl. Geh. Rat Dr. Petersen †.

Der verstorbene frühere Senatspräsident Wirkl. Geh. Rat Dr. Georg Rud. Petersen hat dem Justizdienste insgesamt mehr als 50 Jahre angehört. Er wurde am 25. März 1826 in Osnabrück geboren und begann seine juristische Laufbahn 1850 als Auditor beim Magistrat seiner Vaterstadt, kam 1854 als Hilfsarbeiter in das Hannoversche Justiz-Ministerium und wurde 1862 Sekretär der deutschen Zivilprozeß-Kommission. — Nach der Annexion Hannovers trat er in den preußischen Justizdienst über und wurde 1868 Rat beim Ober-Appellationsgericht zu Berlin, dem höchsten Gerichtshof für die neuen Provinzen. Nachdem er 1873 Mitglied der Justiz-Prüfungskommission geworden war, trat er 1874 zum Obertribunal über. Dem Reichsgericht gehörte Petersen seit dessen Errichtung 1879 an, als Senatspräsident seit 1890. Im Oktober 1895 ernannte ihn die juristische Fakultät der Universität Leipzig zum Ehrendoktor, 1900 wurde er Wirkl. Geh. Rat.

Schlammniederschläge, wie sie in Österreich-Ungarn und Schlesien beobachtet wurden, sind auch im westlichen Hannover beobachtet worden; es zeigten sich an vielen Gegenständen gelbe Niederschläge, die, wie man annimmt, aus der Sahara stammen.

Ein Brudermord wird aus Lugo in Spanien gemeldet: Die beiden Brüder José und Manuel Nunez, welche mit ihren Frauen dasselbe Haus bewohnten und bisher in friedlichster Weise zusammenlebten, gerieten in Wortstreit, der in Tätlichkeiten ausartete. Schließlich schlug Manuel seinen Bruder mit einem Spaten dermaßen über den Kopf, daß der Getroffene blutüberströmt zusammensank. Einen Moment später vermochte er sich jedoch zu erheben, erfaßte seinen Dolch und stieß ihn dem Bruder in den Leib; Manuel stürzte tot nieder. Als José wieder vernehmungsfähig war, leugnete er die Tat und erklärte, die Frau seines Bruders habe bei dem Versuche, ihren Mann zu retten, diesen selbst mit dem Dolch getroffen und erstochen.

Die gestohlene Krone wiedergefunden. Eine mit 78 Brillanten verzierte Krone aus purem Golde war aus der Kapelle des heiligen Isaak zu Petersburg von einer Christusstatue gewaltsam abgebrochen und gestohlen worden. Wie jetzt aus Petersburg berichtet wird, ist der Dieb in der Person des Sohnes eines Popen, namens Konstantiski, ermittelt und verhaftet worden. Die gestohlene Krone, die er auf einem Felde unweit des Ortes Nowgorod vergraben hatte, wurde dort in unversehrtem Zustande aufgefunden und der Eigentümerin wieder zugestellt.

Verhafteter Frauenmörder. In Indianapolis wurde ein gewisser Kott, welcher seit dem Jahre 1892 fünf Frauen ermordet hatte, verhaftet.

Ein heftiger Vulkanausbruch hat sich wieder in Mexiko ereignet. Einer Nachricht aus Guadalajara (Mexiko) zufolge fand dort am 24. Februar ein heftiger Ausbruch des Vulkans Colima statt. Der Vulkan ist noch in Tätigkeit. Die Lava zerstörte zahlreiche Farmen. In der ganzen Umgebung wurden die Einwohner von einer Panik ergriffen. Viele Leute verließen den Hafen von Manzanillo, da sie eine Flutwelle befürchteten. Der Ausbruch war von starken Erderschütterungen begleitet.

Ein japanischer Märtyrer der Wissenschaft. Aus Tokio wird der Tod eines jungen Mediziners Dr. Yakoto berichtet, der ein Opfer der Wissenschaft geworden ist. Er behandelte die Pestkranken, um die Krankheit wissenschaftlich zu studieren, wurde aber angesteckt und starb. Der Mikado verlieh ihm einen hohen Orden, als absolut feststand, daß er sterben mußte. Dies ist in solchen Fällen am japanischen Hofe allgemein üblich.

Gerichtshalle.

Berlin. Ein überraschendes Ende nahm die Privatklage des Warenhauses Wilhelm Stein in der Chausseestraße gegen die „Allgem. Fleischer-Zeitung" wegen eines Artikels über die billigen Würste dieses Warenhauses. Nachdem Stein in großen Zeitungsinseraten eine geharnischte Erklärung gegen diesen Artikel veröffentlicht hatte, erwartete man allgemein eine sensationelle Gerichtsverhandlung, zu der die beklagte Zeitung mehrere Sachverständige und Zeugen hatte laden lassen. Die Sache verlief wie das Hornberger Schießen. Stein, dessen persönliches Erscheinen zum Termine angeordnet war, erschien nicht pünktlich, und als das Gericht etwa eine Viertelstunde vergebens gewartet hatte, wurde auf Einstellung des Verfahrens erkannt. Der Kläger hat den Einstellungsbeschluß rechtskräftig werden lassen.

Thorn. Gegen den Unteroffizier Franz Mittelhausen vom 17. Pionierbataillon verhandelte das hiesige Kriegsgericht wegen Einbruchs ins Zahlmeisterbüreau und Entwendung von 228 Mk. aus der Bataillonskasse. Trotz hartnäckigen Leugnens wurde er überführt, den Einbruch in der Nacht vor seiner Weihnachtsurlaubsreise ausgeführt zu haben. Bei seiner Rückkehr hatte er die Hälfte des Geldes in einer Schale mit Butter versteckt. Das Kriegsgericht erkannte auf zwei Jahr sechs Wochen Gefängnis, Rangentziehung und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

Aus der Woche.

Die Venezuela-Angelegenheit schleppt sich in langsamstem Tempo weiter. In Washington werden immer noch Protokolle fabriziert und die aus der Affäre erwachsenden Kosten dürften höher sein, als die strittigen Forderungen. Die Gerichte machen es nicht billig und das Haager Schiedsgericht hat für den ersten von ihm geschlichteten Streitfall (zwischen den Ver. Staaten und Mexiko) eine Kostenrechnung aufgestellt, die nicht gerade dazu angetan war, für die schiedsrichterliche Entscheidung nationaler Streitigkeiten im Haag Stimmung zu machen. Marokko bleibt auch noch eine offene Wunde. Wie es da eigentlich steht, vermag niemand zu sagen; die Meldungen schillern in allen Farben — heute so, morgen so! Nichts erscheint so bestimmt, als daß eine Entscheidung noch nicht gefallen ist. Ernster und uns näher angehend sind die Dinge in Macedonien, wo es fraglich erscheint, ob die von den Mächten verlangten und vom Sultan zugesagten Reformen imstande sein werden, den drohenden großen Kladderadatsch aufzuhalten. Dem guten Willen des Sultan stellen sich die mohammedanischen Albanesen in den Weg, die jeden

Truggold.

44] Roman von Anna Seuffert-Klinger.

(Schluß.)

So war Anni in die Villa übergesiedelt, einem verschüchterten Vögelchen gleich, froh, einen Unterschlupf gefunden zu haben.

Die Brüder waren nach verschiedenen Richtungen auseinander gegangen, Hans nach Florenz, um angestrengt an einem größeren Werke zu arbeiten, und Heinrich nach Norddeutschland, um die Geschäftsverhältnisse seines verstorbenen Kompagnons zu regeln und den Besitz der Bernsteingruben anzutreten.

Er war wie niedergeschmettert, als er erfuhr, daß Klarius alle Barmittel verloren hatte, und sah schon die Zeit vor sich, wo er wieder als schlechtbesoldeter Ingenieur einen großen Teil des Tages in überheißen Büreauräumen schmachten mußte.

Er brach gezwungenermaßen alle schon angeknüpften Beziehungen ab, die er als Chef eingegangen, ebenso die reichen Geldmittel, die ihm Baronin Meers zur Verfügung stellte, zurückweisend. Er hatte vollständig verzichtet. Der einzige Beamte würde niemals um die Baronin, die Universalerbin eines Millionenreichtums, werben, das war ausgeschlossen.

Da jedoch traten Tag für Tag die Nachrichten von den reichen Gewinnen des Bernsteins aus der Ostsee ein. Klarius war ehrlich genug gewesen, Heinrichs Geld als erste Hypothek auf das neue Unternehmen einzutragen, so daß er sich nun als Mitbesitzer des Lagers betrachten konnte.

Seine Anwesenheit dort wurde immer notwendiger, und so nahm er Abschied von dem ehrwürdigen, herrlichen Rom, von der blassen, leidenden Baronin, von seinem Schlenderleben.

Angestrengte Arbeit wartete seiner in dem kalten unmusischen Deutschland, aber allem Anscheln nach auch reiche Ernte.

Den beiden Frauen flossen die Tage in stiller Trauer dahin. Sehr bald erkannte Lisa, daß Anni eine ganz andere geworden war, und was ihr noch fehlte, das suchte sie sich in steter Selbstbeherrschung anzueignen.

Für die Baronin zeigte sie eine rührende Anhänglichkeit, und auch diese fühlte sich zu dem frischen, liebebedürftigen Geschöpfchen mehr und mehr hingezogen.

Als kaum ein halbes Jahr vergangen war, da begann das Vöglein schon zu zwitschern, und nach einigen weiteren Monaten erschien Hans auf der Bildfläche.

Seine Arbeiten brachten ihm Anerkennung und blinkende Münze ein, er konnte getrost daran denken, sich ein Heim zu gründen.

Es gab eine stille Hochzeit, ohne jeden Prunk. Anni erschien in einem schlichten weißen Mullkleide zu der Zeremonie, die Diamanten fehlten, aber in ihrem Herzen trug sie jetzt einen hellleuchtenden Edelstein, der im Feuer heimlicher Reue und Schmerzen geläutert war: Die wahre, echte, hingebungsvolle Liebe, die seltene Märchenblume des Glückes.

Die Baronin blieb zwei volle Jahre einsam, dann endlich durfte auch Heinrich die Braut heim führen. Er hatte schwer gebüßt für den Irrtum seines Herzens, um so wonniger erklang ihm nun freilich das Brautlied, das ihm die Ostsee sang mit machtvoller, weithin brausender Stimme.

Heinrich hatte das kleine Gut und auch die Bernsteingräberei von dem früheren Besitzer käuflich erworben, an Stelle einer alten Baracke ließ er ein stolzes Herrenhaus auffführen mit Erkern und Türmen, um welche sich Epheu spann.

Es war im Spätsommer, als das junge Paar sein neues Heim bezog. Das Sonnengold lag in breiten Streifen auf der alten Linde im Hofe, die Nelken blühten und der Heliotrop, und oben im blauen Aether versammelten sich die Schwalben zu hohem Rat. Ueber der See, die in allen Farben erglänzte, hier wie Gold, dort dem Smaragd gleich, und drüben wie das blaue Auge des Himmels, schossen die Möwen dahin gleich lichten Pfeilen.

Eine herbe Luft wehte vom Wasser herüber, Lisa aber atmete sie in tiefem Behagen, war es doch Heimatluft, die sie umwehte, vernahm das Ohr doch allerorten wieder die liebvertrauten Klänge der Muttersprache.

Sie standen, eng aneinander gelehnt, am geöffneten Fenster und sahen still hinaus in die wogenden Fluten, in das unvergleichliche Schauspiel, das die sinkende Sonne ihnen hier täglich bot — selig in dem gegenseitigen Besitz.

„Es waren doch harte Prüfungsjahre," sagte Heinrich endlich. „Wie vielen fällt das Glück mühelos zu! Uns beide nahm das Schicksal in eine besonders harte Schule, mein Liebling, ich habe oft mit dem Himmel gehadert des unverdienten Loses wegen, das mich so lange zur Einsamkeit verurteilte!"

„Schilt mir das Schicksal nicht, Geliebter," sagte Lisa ernst, „ich bin fest überzeugt, daß alles, was auch geschieht, unbedingt zu unserem Besten ist. Wer sich nicht auflehnt gegen das Geschick, sondern sich demütig dem Wechsel der Stunden beugt, immer bemüht, die Stelle, die ihm gerade verteilt wurde, auszufüllen, wer rein und schuldlos aus allen Prüfungen hervorgeht, dessen heimliche Seufzer verhallen nicht ungehört, das ist so sicher, wie wir über uns den blauen Himmel sehen!"

Heinrich küßte die Lippen, die so glaubensfeste Worte sprachen.

„Wie edel du geblieben bist trotz all der schweren Stunden und des großen Leides, das dich getroffen. In deiner festen Zuversicht auf eine endliche Erlösung fandest du wohl stets die Kraft, die Gegenwart mutig zu tragen?"

Sie schüttelte leise den Kopf. „Das wäre eine sündhafte Zuversicht gewesen, Lieber! Nein, in dem Frieden meines Herzens fand ich stets mein Glück, auch in leidvollen Stunden. Aber wir wollen doch die Vergangenheit ruhen lassen — das Leben ist ja so schön!"

„Ja, tausendmal ja, mein Herzensliebling! Und deine Worte sollen auch gelten! Immer treu und tapfer im Wechsel der Tage, dann ist unser Glück für alle Zeit gesichert!"

„Für alle Zeit!" wiederholte sie mit einem innigen Lächeln.

Ende.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219030304-16/fragment/page=0002

Reformversuch mit einem allgemeinen Aufstande ihrerseits zu beantworten gedroht haben. Sie sind ohnehin erregt darüber, daß sie bei dem Streit um das neue russische Konsulat in Üsküb den kürzern gezogen haben. Bulgarien behält seine zweideutige Haltung bei und die „verhafteten“ Führer der beiden feindlichen macedonischen Komitees sind teilweise wieder entkommen, teilweise wieder freigelassen worden. Die Wühlerei geht weiter. In Holland sind die alten gemütlichen Zustände auch vorbei. Die Regierung will sich gegen die Möglichkeit eines abermaligen Eisenbahnarbeiter-Streiks, durch welchen der ganze Handel nnd Wandel des Landes lahmgelegt würde, nach Möglichkeit schützen und hat deshalb der Kammer strenge Strafgesetze gegen streikende Verkehrs-Beamte und -Angestellte vorgelegt. Allerdings will sie dabei auch die Strafbestimmungen für die Beamten etwas mildern, die sich irgend einer anderen dienstlichen Verfehlung oder eines Versehens schuldig machen; die ohnehin nicht glänzend entlohnten Bahnbeamten stehen während ihres Dienstes stets mit einem Fuß im Gefängnis. Ihre hohe Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Bahnbetriebes steht keineswegs im Einklange mit ihrem Einkommen. Daß da ein gerechter Ausgleich geschaffen werde, nicht nur in Holland, ist eine Frage der Gerechtigkeit. — England will neue Armeekorps aufstellen, Griechenland sein ganzes Heer in ein Armeekorps zusammenfassen, Österreich hat eine neue Wehrvorlage durchgesetzt, Deutschland prüft sorgfältig sein Kanonenmaterial, Italiens Schmerz ist die Größe seines stehenden Heeres, Spanien will sich eine neue Flotte schaffen, Nordamerika legt sich beim Flottenbau scharf ins Zeug! Wohin man blickt, überall Rüstungen und Verstärkungen! Rußland, das selber an einer ungeheuren Schuldenlast zu tragen hat, will China Gelder vorstrecken, damit dieses seine „Wirren“schulden pünktlich abtragen kann und nicht in neue Konflikte mit den auswärtigen Großmächten gerät. Der Zar hat ein gutes Herz, wie er schon durch seine Idee der allgemeinen Entwaffnung gezeigt hat! — Bei uns in Deutschland geht man an die Wahlvorbereitungen. Kartelle der verschiedensten Parteien gegen die Sozialdemokratie sind schon in Sachsen, aber auch in einigen anderen Wahlkreisen zustande gekommen. Der Bund der Landwirte scheint bei der Regierung völlig in Ungnade gefallen zu sein. Die bayrische Ministerkrise zieht weitere Wellen; auch der Finanzminister Riedel will zurücktreten. Der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes scheinen nicht alle Landesregierungen geneigt zu sein, besonders die sächsische nicht, deren amtliches Organ zu einer Opposition im Bismarckschen Sinne auffordert. Da spielt dann wieder die Trierer Angelegenheit hinein, wo der Bischof vor dem Besuch eines paritätischen Seminars unter Androhung von kirchlichen Strafen gewarnt hat, und die Babel-Bibel-Bebel-Affäre, zu der der Kaiser nun öffentlich Stellung genommen hat. Das Mosaik der Tagesgeschichte läßt also an Buntheit nichts zu wünschen übrig, trotzdem ist es aber nicht schön, wenngleich die Schmutzflecken à la Giron abzutrocknen und zu verblassen beginnen. A. P.

Die entflohene ägyptische Prinzessin.

Fast wie ein Seitenstück zu den traurigen Vorgängen im sächsischen Königshause berührt der Roman der Schwester des Vizekönigs von Ägypten. Aus Paris liegen über die Prinzessin Nemet Allah Hanem, die Gemahlin des türkischen Botschaftsrates in Wien, Prinzen Djemil Toussoun Pascha, folgende Mitteilungen vor: Der ‚Herald‘ läßt sich aus Kairo melden, daß die Schwester des Vizekönigs und Gemahlin des Prinzen Toussoun einen Selbstmordversuch verübte, der jedoch vollkommen mißlang, und daß sie dann Ägypten heimlich verließ, um sich über Triest nach Wien zu begeben, wo sie einen österreichischen Grafen heiraten will. Die Prinzessin soll im Besitze eines großen Vermögens sein und wiewohl sie schon ein fünfjähriges Söhnlein hat, erst 20 Jahre zählen. Aus Kairo wird ferner gemeldet: Die Schwester des Vizekönigs, Prinzessin Nemet Allah Hanem, die seit 8. Januar 1896 mit dem Prinzen Djemil Toussoun Pascha vermählt ist, hat vor kurzer Zeit einen Selbstmordversuch unternommen, wurde aber gerettet. Wenige Tage später verschwand die Prinzessin aus Kairo und flüchtete über Triest nach Wien, wo sie einen österreichischen Grafen zu heiraten gedenkt. Die Prinzessin besitzt ein großes Palais in Kairo. Der Prinz verfolgt seine Gattin nicht. Die Scheidung ist bereits erfolgt. — Hierzu bemerkt das ‚Neue Wiener Tagebl.‘: „Prinz Djemil Toussoun Pascha, Botschaftsrat bei der türkischen Gesandtschaft in Wien, und seine Gemahlin, die Schwester des Vizekönigs von Ägypten, lebten hier seit ungefähr vier Jahren und erfreuten sich in der Gesellschaft großer Sympathien. Der Prinz ist ungefähr dreißig Jahre alt, die Prinzessin um zehn Jahre jünger. Sie gilt als eine ideale orientalische Schönheit. Ihre bezaubernde Erscheinung und die ausgesuchte Pariser Eleganz, mit der sie sich zu kleiden verstand, erregte überall das größte Aufsehen. Prinzessin Nemet Allah heiratete schon im Alter von 14 Jahren den Prinzen Djemil Toussoun, welcher übrigens ihr Kousin und der des Vizekönigs von Ägypten ist. Der Prinz ist sehr reich; seine Ländereien bringen ihm eine Jahresrevenue von 600 000 Frank. Er lebte demgemäß auch als Grandseigneur. In ihrer mit größtem orientalischen Luxus ausgestatteten Wohnung am Franzensring Nr. 24 sahen sie häufig Gäste, und zwar Mitglieder der diplomatischen wie auch der aristokratischen Kreise. In diplomatischen Kreisen wurde wiederholt erzählt, daß es im Yildizkiosk wie auch am Hofe des Vizekönigs unangenehm berühre, daß die Prinzessin, entgegen aller heimatlichen Tradition, sich frei in Gesellschaft bewege und sich vollständig den europäischen Sitten unterordne. Während sonst die Damen der türkischen Botschaft in den Empfangslisten der diplomatischen Welt nicht figurieren, sah man die Prinzessin gleichwohl sehr häufig bei den Empfängen. Sie hatte sich über diese Schranke hinweggesetzt. Man sah sie auch sehr viel in den Salons bekannter Aristokratinnen. Das Prinzenpaar verbrachte alljährlich viele Wochen teils in Paris, teils in Kairo. Vor zwei Jahren weilte die Prinzessin längere Zeit am Hofe ihres Bruders, der, wie erzählt wurde, seiner Schwester über ihre Haushführung in Wien ernste Vorstellungen gemacht hatte. Man sprach auch davon, daß die Ehe, die früher so glücklich war, damals bereits nicht mehr frei von einem Mißton gewesen sei. Es hätte auch des Einwirkens des Vizekönigs bedurft, um die alte Harmonie wieder herzustellen. Als das Prinzenpaar im Herbste vorigen Jahres die Wohnung auf dem Franzensring aufließ und in ein vornehmes Hotel auf der Ringstraße übersiedelte, führte man die Auflösung des Haushaltes auf eheliche Zwistigkeiten zurück. In der diplomatischen Welt wird wohl der Name des Grafen, der die Prinzessin nach der Trennung ihrer Ehe angeblich heiraten wolle, genannt, doch liegt eine authentische Mitteilung aus Kairo über diesen Umstand bis zum Augenblick hier nicht vor.“

Der Künstler und sein Lohn.

Folgende Geschichte erzählt der ‚Gaulois‘: In einem kleinen, fernliegenden Königreiche (Serbien?) stirbt der König. Sein Sohn und Nachfolger wünscht, daß die Tugenden des Verstorbenen in Bronze oder Marmor verherrlicht und verewigt werden. Man schreibt an einen der bekanntesten französischen Bildhauer und fordert ihn auf, das Denkmal herzustellen. Seiner Mühe Lohn sollen 250 000 Frank sein, und da der Künstler in die Hauptstadt jenes Landes reisen muß, sollen ihm von der Gesandtschaft, die das Königreich in Paris hat, von den 250 000 Frank sofort 40 000 Frank als Reisevergütung und Kostenvorschuß ausgezahlt werden. Einen Tag vor seiner Abreise nimmt ihn ein Minister, der es gut mit ihm meint, beiseite und sagt: „Heben Sie das Geld ab, bevor Sie abreisen.“ — „Aber . . .“ — „Kein ‚aber‘ — heben Sie das Geld ab, rate ich Ihnen!“ — „Der Schein ist doch vom Finanzminister unterschrieben. . . .“ — „Heben Sie es trotzdem ab!“ Der Künstler aber will nicht hören. Nach seiner Rückkehr aus dem fernen Lande kann er von der Gesandtschaft zunächst keinen Pfennig bekommen. Trotzdem geht er mit Fleiß ans Werk und hat bald den ersten Entwurf fertig. Jetzt kann die Gesandtschaft nicht mehr anders: sie muß ihm wenigstens die 40 000 Frank auszahlen. Der Künstler wird aufgefordert, sich das Geld zu holen. Man führt ihn in ein Zimmer des Gesandtschaftsgebäudes, wo auf einem großen Tische drei riesige Säcke aufgestellt sind. „Was soll das sein?“ fragt er. — „Ihre 40 000 Frank.“ Er öffnet einen der Säcke und prallt entsetzt zurück: es blinkten ihm lauter Fünffrankstücke entgegen! Er verlangt statt des Silbergeldes einen Scheck. „Unmöglich!“ Nun springt er entschlossen in eine Droschke, fährt zu einer Bank und bringt sich einen Kassenbeamten mit, der ihm das Geld fortschaffen soll. Als vorsichtiger Mann zählt dieser aber erst das Geld nach. Es waren in der Tat 40 000 Frank in den Säcken, aber 2500 Frank waren entwertetes oder falsches Geld!

Als beim Jahrhundertwechsel

zahlreiche mehr oder weniger bedeutende Leute sich damit beschäftigten, dem 20. Jahrhundert ein Horoskop zu stellen, ist man schließlich dahin übereingekommen, für das nun begonnene Jahrhundert von der Entwickelung der Elektrizität das meiste zu erwarten, also einen ähnlichen Aufschwung, wie er im 19. Jahrhundert durch die Benutzung der Dampfkraft geschaffen wurde. Wenn sich die Nachrichten, die jetzt aus Amerika von Edison und seinen neuesten Arbeiten zu uns gekommen sind, als zuverlässig erweisen, so wäre damit der erste Beweis für die Berechtigung jener Prophezeiungen geliefert. Edison glaubt, nicht mehr und nicht weniger geschaffen zu haben, als einen Elektrizitätserzeuger, der es beinahe jedermann ermöglichen wird, sich sein Automobil und eine eigene elektrische Beleuchtung für sein Haus zu verschaffen. Das soll die neue Edisonsche Batterie zuwege bringen, über deren Entstehung und Tragweite sich Edison jetzt zum ersten Male ausführlich ausgesprochen hat. Vier Jahre hat er ununterbrochen an seiner Aufgabe gearbeitet, die ersten anderthalb Jahre ohne irgend welches Ergebnis. Erst dann fand er den Ersatz der bisher in den Akkumulatoren benutzten Stoffe, Blei und Schwefelsäure, durch Eisen und Nickel. In den folgenden zweieinhalb Jahren hat er dann die Batterie geschaffen, die jetzt auf der Automobilausstellung in New York den Mittelpunkt aller Sehenswürdigkeiten bildet. Die jetzt in New York ausgestellte Batterie wiegt nur 660 Pfund und vermag einen schweren Wagen mit zwei Passagieren auf gutem Wege 160 Kilometer mit einmaliger Ladung zu treiben. Die Ladekraft ist außerordentlich groß und nach der Äußerung Edisons stellt sie jedenfalls die beste Batterie dar, die für den Betrieb von Wagen gegenwärtig überhaupt hergestellt werden kann. Feingepulvertes Eisen bildet den einen Pol, ein Nickeloxyd den anderen. Beide Stoffe sind bisher niemals für Akkumulatoren benutzt worden. Beim Rosten des Eisens entsteht unter gewöhnlichen Verhältnissen Wärme, in der Batterie aber wird statt ihrer Elektrizität erzeugt, die sich dann schließlich in Wärme umsetzt. Der zur „Verbrennung“ des Eisens nötige Sauerstoff ist in dem Nickel aufgespeichert, braucht also nicht der Luft entnommen zu werden. Ist alles Eisen verrostet, so gibt die Batterie keinen Strom mehr und muß von neuem geladen werden. Die Äußerungen Edisons schließen: „Die neue Batterie wird das Pferd überflüssig machen, nicht auf einmal, aber allmählich. Der Preis der Automobile wird so heruntergehen, daß fast jede Familie sich ein solches wird anschaffen und ohne Hilfe eines Sachverständigen benutzen können. Ich hoffe auch, daß die Zeit nahe ist, in der jedermann nicht nur seinen eigenen Kraftwagen besitzen, sondern auch imstande sein wird, sein Haus zu beleuchten, seine eigenen elektrischen Maschinen zu laden, seine Räume mit Elektrizität zu heizen, sein Essen elektrisch zu kochen usw., ohne von irgend jemand in dieser Beziehung abhängig zu sein.

Der „Bürgersteig“

in den Städten hat am 24. Februar gewissermaßen eine Jubelfeier gehabt. Am 24. Februar waren es gerade hundert Jahre, daß in Paris und damit in der ganzen Welt das erste „Trottoir“ zur freudigen Genugtuung der Bürger dem Verkehr übergeben wurde. „Bürgersteige“ hatte es längst vorher gegeben, aber das waren nur Pfade neben dem Fahrweg in gleicher Ebene mit diesem und ohne jede Abgrenzung. Erst unter der Verwaltung des Seinepräfekten Frochot legte man in der Rue Laffitte die ersten „Trottoirs“ an (von trotter, laufen, gehen). Sie bestanden aus Kalkstein und waren von den Fuhrwerken durch halbkreisförmige Blöcke, die auf dem Fahrdamm hinausragten, geschützt. Das war aber noch nicht das Richtige. Einige Monate später wurden bereits Granit-Trottoirs dem Verkehr übergeben, da der Pariser Stadtrat allen Hausbesitzern, die solche anzulegen sich entschlossen, eine Prämie gewährte. Bald hatten die Rues de la Chaussée d'Antin, Richelieu und Saint-Lazare fortlaufende Trottoirs, die dann allmählich auch in den anderen Hauptstraßen eingeführt wurden. Ehe aber diese Einrichtung eine allgemeine wurde, vergingen noch recht viele Jahre.

In Deutschland gab es Bürgersteige schon vor 8—900 Jahren, aber sie zogen sich damals nicht an den Seiten der Häuser entlang — dort gossen die Dächer ohne Traufen ihre Wässer hernieder, und gerade dort muß es bei Regenwetter erst recht schmutzig gewesen sein; sondern sie lagen, wie man das in einigen norddeutschen Städten, z. B. in Rostock in der langen Straße, noch vor einem Jahrzehnt sehen konnte, mitten auf der Straße in Gestalt einer Reihe großer flacher Steine, die auch bei nassem Wetter stets noch einen einigermaßen trockenen Pfad boten, aber nur für eine Person. Begegneten sich auf ihnen zwei, dann mußte die eine mit dem einen Fuß heruntertreten, und das tat der Niedrige vor dem höher Stehenden aus Ehrerbietung freiwillig. Anders jedoch unter den Studenten! Dann kamen die Szenen vor, an die das Studentenlied mit den Worten erinnert: „Wir sind dann die vom breiten Stein nicht wankten und nicht wichen“ — diese „breiten Steine“, von denen mancher „Fuchs“ von heute sich keine Vorstellung mehr machen kann und von denen viele verständnislos singen — das waren die ersten deutschen „Bürgersteige“. Sie kommen schon seit dem 12., sicher seit dem 13. Jahrhundert in den deutschen Reichsstädten vor.

Buntes Allerlei.

Was Ordentliches gelernt. Ein Freund von mir, der sich mehr durch Mutterwitz als durch Bildung auszeichnete, besuchte jüngst in geschäftlichen Angelegenheiten Frankreich. Nach seiner Rückkehr erzählte er im Bekanntenkreise u. a. auch, wie leicht es ihm geworden sei, sich mit den Franzosen zu verständigen, und schließt seinen Bericht mit den Worten: „Ja, es ist doch gut, wenn man in der Schule was Ordentliches gelernt hat.“ — „Wieso?“ lautet unsere erstaunte Frage, denn wir alle kannten ihn von Jugend an. — „Na,“ meinte er trocken, „die Franzosen sprachen durch die Bank ein vorzügliches Deutsch.“ (‚Jugend‘)

Zerstreut. Kind: „Papa, der Storch hat ein Schwesterchen gebracht!“ — Professor (zerstreut): „So gib ihm ein Trinkgeld!“ (‚Meggend.‘)

Beruhigend. Kunde: „Die Hosen sind für den Jungen zu kurz, in drei Monaten hat er sie ja ausgewachsen!“ — Schneider: „Nicht zu befürchten, so lange halten sie gar nicht.“

Umschreibung. Onkel: „Sag' mal, auf welchem Fuß stehst du eigentlich mit dem Herrn, den du soeben gegrüßt hast?“ — Neffe: „O, mit dem steh' ich bloß auf dem gesetzlichen Zinsfuß!“ (‚Fl. Bl.‘)

DRUCK: H. ARENDT, BERLIN.

Wie groß ist ein Atom?

Ein Atom ist bekanntlich der kleinste Teil eines Körpers, der sich nicht weiter teilen läßt. Der Physiker Ridout hat neuerdings die Größe derjenigen Atome bestimmt, die sich als kleinste Teile eines Stoffs durch die Wirkung des elektrischen Stroms in einer Lösung ausscheiden lassen. Die Elektrizität bezeichnet diese Teilchen als abgetrennte Atome oder Jonen. Ridout unternahm seine Versuche mit Wasserstoff und kam zu dem Schluß, daß in runden Zahlen 114½ Millionen Atome dazu gehören, um, aneinandergereiht, eine Linie von einem Zentimeter Länge zu bilden. Die Berechnung ging von der Annahme aus, daß die Atome die Form von Kugeln hätten und dicht aneinander lägen. Die Rechnung selbst ist durchaus einwandfrei, so daß jene Zahl nicht aus der Luft gegriffen ist. Sie ist sogar insoweit vollkommen, als die möglichen Schwankungen der Atomgröße nach oben und unten hin angegeben und dadurch ein Mittelwert erzielt wird, der der Wahrheit wohl entsprechen muß. Der Vortrag von Ridout vor der Physikalischen Gesellschaft in London erhielt noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß Lord Kelvin, der bekannte englische Physiker, im Anschluß daran seine eigenen Ansichten über die Größe der Atome aussprach. Auch Lord Kelvin hat sich oft mit jener sonderbaren Aufgabe beschäftigt und vermag das Ergebnis Ridouts zu bestätigen. Er hat die Größe eines Wasserstoffmoleküls berechnet und dessen Durchmesser fast genau doppelt so groß gefunden wie den Ridoutschen Wert für den Durchmesser des Wasserstoffatoms. Da das Wasserstoffmolekül doppelt so groß ist wie ein Atom, so würden demnach beide Rechnungen mit verblüffender Genauigkeit übereinstimmen. Uebrigens wies Lord Kelvin noch auf den wichtigen Punkt hin, daß die Atome verschiedener Stoffe von recht wechselnder Größe sind. Eine besondere Stellung nehmen die Atome der Elektrizität ein, deren Vorhandensein schon von Faraday gelehrt, dann von Helmholtz endgültig nachgewiesen wurde und jetzt allgemein angenommen ist. Die elektrischen Atome sind sehr viel kleiner als diejenigen irgend eines Stoffs, so daß sie ungehindert durch die Zwischenräume gehen können, die zwischen den stofflichen Atomen offen bleiben. Und nun kommt das Bemerkenswerteste an den Ausführungen des berühmten Gelehrten. Er lehrt uns nämlich seine Auffassung von der Strahlungsfähigkeit verschiedener Körper, die seit ihrer Entdeckung vor ungefähr zwei Jahren so ungeheures Aufsehen erregt hat und bisher unerklärt geblieben ist. Nach Lord Kelvins Meinung sind wir zu der Annahme gezwungen, daß jede Art von Stoff Elektrizität in sich birgt. Schon von anderer Seite war ein ähnlicher Standpunkt in dem Satz zum Ausdruck gelangt, daß die Elektrizität die bewegende Kraft in den Schwingungen der Atome bildete. Wenn die elektrischen Atome aus einem Stoff austreten, so wird letzterer strahlend oder, wie die Wissenschaft sagt, „radioaktiv“. In dieser Beleuchtung erscheint die Strahlungsfähigkeit gewisser Körper nicht mehr überraschend noch unerklärlich, sondern eher müßte man sich darüber wundern, daß nicht sämtliche Stoffe solche Strahlen aussenden. Selbstverständlich erkennt übrigens auch Lord Kelvin an, daß noch Aufgaben von großer Tragweite über die unsichtbaren Körperteilchen zu lösen seien, er hofft jedoch, daß schon die nächsten zwei oder drei Jahre ganz wesentliche Fortschritte in dieser Hinsicht bringen werden. (‚Tgl. Rndsch.‘)

Künstliche Rubine.

Einem französischen Chemiker ist es nach Berichten Pariser Blätter gelungen, einen Rubin herzustellen, der alle Eigenschaften des echten hat und doch nur 15 Frank Kosten verursachte. Moissan, das Mitglied des französischen Instituts, hat bekanntlich einen elektrischen Ofen konstruiert, der mehrere tausend Grad Wärme liefert. Der Chemiker Verneuil machte sich diese Erfindung nutzbar. In dem neuen Ofen gelingt es ihm durch Schmelzen künstliche Rubine zu erzeugen. Moissan zeigte seinen Kollegen im Palais Mazarin einen solchen Rubin, der von einem Sachverständigen auf 3000 Frank geschätzt wurde und Verneuil nur 15 Frank gekostet hat. Moissan gab darauf eine kurze geschichtliche Uebersicht über diese Versuche. Eine schon alte chemische Analyse hatte festgestellt, daß der Rubin, der gewöhnlich indischen Ursprungs ist, das Ergebnis der natürlichen Verbindung der reinen Thonerde mit Sauerstoff ist. Die blutrote Farbe rührt von dem Chromoxyd her, das in die beiden ersten Stoffe eingedrungen ist. Im Jahre 1847 begann Ebelmen, der Direktor der Fabrik in Sèvres, wissenschaftliche Forschungen darüber. Durch Verdunstung von Borsäure, die eine Auflösung von reiner Thonerde enthielt, bei einer Temperatur von 1200 bis 1400 Grad erhielt er ein erstes Resultat. Nach 8 Tagen hatte er Bruchstücke von Rubinen von ½ Millimeter Dicke. Durch Anwendung verschiedener anderer chemischer Mittel gelang es zahlreichen Forschern, noch größere Bruchstücke zu erhalten. Im Jahre 1892 erhielt Moissan in 10 Minuten mit einem Ofen von 3500 Grad kleine, schon 1 Millimeter dicke Steine, die vollkommen gefärbt und durchsichtig waren. Verneuil setzte die Versuche fort, die jetzt zu Ende geführt sind. Zur Herstellung von Rubinen läßt er durchsichtige reine Thonerde im elektrischen Ofen und durch übereinandergelegte Schichten von gleicher Wärme schmelzen. Nach 2 Stunden ist eine eiförmige vollkommen geläuterte Masse gebildet. Sie wiegt 2 bis 3 Gramm (12 bis 15 Karat) und hat einen sphärischen Durchmesser von fünf bis sechs Millimeter. Ihre Färbung ist vollkommen. Die Härte dieses Rubins wird durch das plötzliche Abschließen des heißen Stromes und plötzliche Abkühlung erhalten, was einem sehr energischen Härten gleichkommt. Die Steinschneider sind beim Anblick solcher künstlicher Rubine bestürzt gewesen, die man schneiden, polieren und fassen kann wie echte. Sie werden so wenig kosten, daß sich jeder welche leisten kann, wenn sie nicht etwa aus diesem Grunde niemand mehr tragen will. Steinschleifer von Edelsteinen, die darüber befragt worden sind, haben ohne weiteres erklärt, daß eine solche Umwälzung in ihrer Spezialität ihre Lebensbedingungen stören und Tarife, Preise und Gehälter umstoßen würde. Tr 41

Vermischtes.

Nebra, 3. März. Wer Pfennige spart, kommt zu Talern. Die Wahrheit dieses alten Sprichwortes erfuhren so recht unsere sparenden Kinder an sich selbst, als gestern den Konfirmanden ihre Einlagen aus der Schulsparkasse zurückgegeben wurden. Es kam die gewiß stattliche Summe von 1085 Mk zur Auszahlung.

Querfurt, 28. Februar. Im Gasthofe zu Niederschmon fand am Donnerstag ein von der königlichen Regierung und den Eisenbahnbehörden veranlaßter Termin der beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke für die Eisenbahnlinie Querfurt-Bitzenburg statt. Zur Vorlage kam das bekannte Projekt der mittleren Linie Querfurt-Leimbach-Niederschmon-Spielberg-Bitzenburg und ein neues, welches zu dem erwähnten nur eine Ausbiegung hinter Schmon auf Kleineichstedt zu bietet, aber auch mehr Opfer beanspruht. Die Majorität der Erschienenen entschied sich für das erstgenannte, landespolizeilich geprüfte Projekt, da höheren Orts mitgeteilt war, es könne sich jetzt nur um diese beiden Projekte im Anschluß an das die kurze Linie Querfurt-Bitzenburg abändernde Gesetz handeln. Nichtsdestoweniger veranlaßte die Minorität die Aufnahme des Wunsches, die kürzeste Linie zu bauen, in das Protokoll zur Kenntnisnahme an die zuständigen Ministerien.

Theater.

Egf. Daß die Direktion Zahn am Freitag abend das „Glück im Winkel" ganz vortrefflich gespielt hatte, war den zahlreich erschienenen Zuhörern anzumerken, denn jedermann fühlte sich so mit den Personen verquickt, daß er gern mit ihnen hätte weiter leben mögen und gar nicht daran glauben konnte, daß das Theater mit dem dritten Akte zu Ende war. Neben der Vorzüglichkeit des Spieles auch das höchste Lob für Sudermann und seine Kunst, der uns mit dem Ende des Stückes zugleich die Frage löst: Wird Elisabeth in ihrem Mann hinfort immer das Glück finden? während doch das Leben für die Lösung der Frage auf die Zukunft verweist. In dem Stücke handelt es sich fraglos um Elisabeths Glück, daneben auch um das Glück, das von ihr ausgeht, das sie mitbringt. Ihr Glück, das sie aus einem großen Schiffbruch, wie die Elster Blankes, Glänzendes, in den Winkel geschleppt hat, über das sie wacht, um das sie kämpft, nennt sie selber nur ihr „bißchen Glück". Ja, ist denn aber ein bißchen Glück auch Glück? Hat sie es denn im Winkel, in dem kleinen bescheidenen Schulhause wirklich gefunden? Nein. Offenbar ist ihr ruhiges, gelassenes Wesen, das sie ihrem Manne, dem Rektor, und ihren Stiefkindern gegenüber zur Schau trägt, nur die Maske, hinter der sich ein fühlendes, sehnendes Herz, ein leidenschaftliches Temperament, ein heißes Glücksverlangen nur mühsam verbirgt. Ihre Welt, ihr Glück, ihr Leben liegt „dort irgendwo" die nur des Weckrufes bedürfen, um sich gewaltsam zu befreien. Das geschieht, als der mit Weiberherzen spielende Freiherr von Röcknitz sie in seinen Bann zieht. Aber nachdem sie Röcknitz in seiner Roheit kennen gelernt hat und weiß, an wen sie ihr Bestes weggeworfen hat, da giebt es für sie, die unglückliche, mit Makel behaftete Frau, nur einen Ausweg, den freiwillig erwählten Tod in den Fluten. Ehe sie ihren Entschluß zur Ausführung bringen kann, tut sie zum erstenmal einen Blick in die Seele ihres Mannes und lernt ihn in seiner entsagenden, selbstlosen großen Liebe kennen und — schätzen. Sie sieht ihn mit neuen Augen an und kann deshalb sprechen: „Mir ist als seh ich dich heut' zum erstenmal!" Diese Worte bilden das Programm eines neuen glücklichen Lebens, das sie nun erst im stillen Winkel führen kann und will. Nur in diesem Sinne sind der Titel des Schauspiels und die letzten Worte desselben als genügend motiviert anzusehen. — Neben Elisabeths Glück interessiert uns auch dasjenige des Rektors, der ja den Besitz seiner Frau als einen Diebstahl an einem Unbekannten ansieht. Nachdem ihm aber Elisabeth durch Mitteilung ihres Verhältnisses zu Röcknitz die Augen geöffnet, da kommt auch er, der im selbstlosen Entsagen und Verzichten, im Opfern und Tragen Große, in den Besitz stillen, reinen Glückes.

Wie oben angedeutet wurde das Stück gut gespielt. Die Darsteller ernteten den wohlverdienten Beifall des Publikums, das durch die große Anzahl guter Vorstellungen mit der Direktion Zahn Freundschaft geschlossen zu haben scheint.

— Kommenden Donnerstag steht uns wiederum ein großer Kunstgenuß in Aussicht indem Herr Direktor Zahn Blumenthal und Kadelburgs bestes Lustspiel und zwar „Großstadtluft" für diesen Tag auf das Repertoir gesetzt hat. Daß unser Ensemble uns wieder etwas Vorzügliches bieten wird, beweisen die zahlreichen Kritiken, welche uns vorliegen. Wir lassen einige folgen: „Eisenberg. Zur gestrigen Eröffnung der Saison hatte die Direktion des Zahn'schen Theaters das Lustspiel „Großstadtluft" von Blumenthal und Kadelburg gewählt, unstreitig das beste Erzeugnis der beliebten Autoren. Obgleich es hier schon sehr oft gesehen worden ist, bewährte es doch gestern wieder seine alte Anziehungskraft; denn der Saal war gefüllt. Die Darstellung war recht gut, das Zusammenspiel im ganzen lobenswert. Fassen wir das Ergebnis des Abends zusammen, so müssen wir sagen, daß sich die Gesellschaft durch ihre gestrige Vorstellung sehr gut eingeführt und aufs beste empfohlen hat. Nach solcher Leistung darf man ihr wohl einen dauernden guten Besuch prophezeien. — Meuselwitz. Im biesigen Theater gelangte gestern abend „Großstadtluft" mit größtem Erfolge zur Aufführung. Der schon früher mehrmals mit gutem Erfolg gegebene beliebte Schwank hatte auch gestern wieder eine große Anziehungskraft ausgeübt, denn der Andrang aus Stadt und Land war ein so reger, daß bereits vor 8 Uhr der Saal überfüllt war. Ist es einesteils die Beliebtheit des Zahn'schen Ensembles, so war es anderenteils die ganz brillante Wahl des Stückes usw." — Wir wünschen der Direktion ein volles Haus.

Zivilstandsregister der Stadt Nebra

pro Monat Februar 1903.

Geburten:

Am 31. Januar der unverehelichten Dienstmagd Klara Minna Bornschein in Wetzendorf e. S.; am 6. Februar dem Schiffbauer Friedrich Karl Bloch hier e. T.; am 13. dem Steinhauer Robert Friedrich Apel hier e. T.; am 18. dem Ziegelerarbeiter Karl Franz Gustav Theile hier e. S.; am 24. dem landwirtschaftlichen Arbeiter Moritz Friedrich Tröbs hier e. T.; am 25. dem Handarbeiter Friedrich Otto Müller hier e. T.; am 26. der Maschinist Julius Richard Röse hier e. S.;

Eheschließungen:

Am 4. Februar der Restaurateur Otto Theodor Hofmann in Loschwitz und die ledige Emma Martha Elste hier; am 22. der Kürschner Franz Heinrich Seiffarth in Weißenfels und die Schneiderin Pauline Friederike Berta Hoyer genannt Hickethier geborene Magdeburg.

Sterbefälle:

Am 3. Februar totgeborenes Mädchen des Landwirts Karl Otto Schulze in Wetzendorf; am 5. Marie Luise Emilie Scholle, Tochter des Tischlers Karl Hermann Scholle hier, 8 Monate alt; am 6. die Witwe Marie Therese Gebel, geborene Kahlert hier, 75 Jahre alt; am 8. Gustav Fritz Brinkmann in Großwangen, 17 Jahre alt; am 13. totgeborener Knabe der Witwe Henriette Minna Lipke geborene Dennhardt hier; Lina Apel, Tochter des Steinhauers Robert Friedrich Apel hier, 3 Stunden alt; am 24. der Steinhauer Karl August Wilhelm Eduard Chemnitz hier, 29 Jahre alt; am 27. der Kassengehilfe Richard Edmund Stops in Großwangen 23 Jahre alt.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 4. März, abends 1/2 8 Uhr
2. Passionsgottesdienst.

Es predigt Herr Diakonus Beifert.
Beim Ausgang werden Gaben für die Beleuchtung der Kirche gesammelt.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das diesjährige **Musterungsgeschäft** wird für die Stadt **Nebra** am
Freitag, den 27. März 1903, vormittags 10 Uhr
im Gasthof zum Ratskeller hierselbst
abgehalten.

Es sind dabei alle wehrpflichtigen Personen, welche im Jahre 1883 und früher geboren, bisher aber weder ins stehende Heer eingestellt, noch durch eine endgültige Entscheidung einer Oberersatzkommission von der Gestellungspflicht befreit worden sind, zur Vorstellung zu bringen.

Nichtbefolgung der Vorladung von Seiten der Militärpflichtigen wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

Gestellungspflichtige, welche, nachdem die Ortsbehörden die Rekrutierungs-Stammrollen eingereicht haben, noch zugezogen sind, müssen ebenfalls zur Vorstellung gebracht werden. Ist ein Pflichtiger am Erscheinen durch Krankheit verhindert, so muß darüber ein Attest des Kreisarztes oder ein von einem anderen Arzte ausgestelltes und von der Polizeibehörde beglaubigtes Zeugnis beigebracht werden. Der Anstand erheischt es, daß die Militärpflichtigen in durchaus reinlichem Zustande vor der Ersatzkommission erscheinen.

Die **Reklamationen** sind **schriftlich** anzubringen und **spätestens bis zum 13. März ds. Js. früh** bei dem Herrn Landrat einzureichen. Sie sind nach dem auf Seite 31 des Regierungsamtsblattes von 1860 vorgeschriebenen Schema aufzustellen, wozu Formulare in der Schneiderschen Buchhandlung, zu Querfurt, sowie beim Buchdruckereibesitzer Stiebitz und Buchbindermeister Peter hier zu haben sind. Die §§ 32 und 33 der Deutschen Wehrordnung enthalten die nötigen Bestimmungen.

In allen Reklamationsfällen müssen die Angehörigen, auf deren Gesundheitszustand hin reklamiert wird, im Gestellungstermine mit anwesend sein. Ausnahmen hiervon sind nur dann zulässig, wenn die Angehörigen durch schwere Krankheit pp. am Erscheinen verhindert sind, und dies, sowie die Arbeits- und bezw. Aufsichtsunfähigkeit der betreffenden Personen durch ein Attest des Königlichen Kreisarztes nachgewiesen wird. Reklamationen können nur dann berücksichtigt werden, wenn die Beteiligten solche bis zu dem angesetzten Termine oder ausnahmsweise spätestens zum Musterungsgeschäfte anbringen. Spätere Reklamationen können nur dann berücksichtigt werden, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist.

Ueber äußerlich nicht sichtbare Gebrechen an Militärpflichtigen, als Taubheit, Blödsinn, Epilepsie usw. müssen Atteste des Kreisarztes oder andernfalls beglaubigte Bescheinigungen des Ortsgeistlichen, Schullehrers oder Ortsvorstandes beigebracht werden, außerdem hat der angeblich an Epilepsie leidende Militärpflichtige drei glaubhafte Zeugen hierfür im Musterungstermine zu stellen.

Nebra, den 27. Februar 1903.

Der Magistrat.
Strauch.

Blühende Topfgewächse,
als:
Azalien, Kamelien, Primeln, Hyacinthen Tulpen, Cinerarias, Alpenveilchen 2c
sind wieder vorrätig.
Rittergutsgärtnerei Zingst.

Kies (ev. Kleinschlag)
zum Bahnbau **sucht** frei Station Heldrungen **zu kaufen**
Gewerkschaft Heldrungen II.

Blut-Apfelsinen, Stück 5 Pfg., desgleichen **gutkochende Erbsen,** sowie **Zwiebeln** billigst bei **Franz Schmidt.**

1 Wohnung mit Zubehör ist in meinem Hause in der Schulgasse zu vermieten und 1. April oder 1. Juli zu beziehen. **H. Scheiding.**

Wann giebt Herr Dir. Zahn den
Pfarrer von Kirchfeld?
Viele Neugierige.

Ausverkauf.
Wegen Umzugs verkaufe sämtliche
Schuhwaren zu billigsten Preisen.
Zur Confirmation empfehle **Schuhe und Stiefel**
zu ganz billigen Preisen.
Hermann Sachse, Burgstraße.

Einem geehrten Publikum von **Nebra** und **Umgegend** die ergebene Anzeige, daß ich in meines Vaters Hause ein
Hut- und Mützenwaren-Geschäft
eröffnet habe. Bei Bedarf bitte um gütige Berücksichtigung und sichere bei reellster Bedienung billigste Preise zu.
Hochachtungsvollst
Nebra, Wasserweg. **Gustav Eigendorf,** Kürschner.
NB. Empfehle mich zur Konservierung von Pelzsachen 2c. D. O.

Der Sommerpreis für Briketts
ist von heute ab ermässigt und beträgt bei Selbstabfuhr
85 Pfg. pr. Doppelzentner.
Brikettsfabrik Lützkendorf.

Für unsere **Nähmaschinen** unter **5 Jahre** / **Fahrräder** unter **2 Jahre** } **Garantie**
zu **konkurrenzlos** billigen Preisen **suchen** wir **solvente Vertreter** und geben Probemaschinen einzeln ab.
Sport-, Maschinen- und Fahrradwerke Chorinski G. m. b. H.
Berlin, Augusststrasse 19.

Stadttheater-Ensemble. Preußischer Hof, Nebra.
Donnerstag, den 5. März,
Elite-Vorstellung! Großer Lustspiel-Abend!
Blumenthal! Kadelburg! Verfasser von „Hans Huckebein".
Der Schwank **„Großstadtluft"** von Blumenthal und Kadelburg hat überall seine Anziehungskraft bewährt. Grund hierfür ist der **unverwüstliche und gesunde Humor** den es enthält, und der immer wieder zum Lachen zwingt.
Novität! Große Heiterkeit! Neu!
Grossstadtluft.
Schwank in 4 Akten von Dr. Blumenthal und G. Kadelburg.
Verfasser von „Im weißen Rößl", „Als ich wiederkam", „Sonnenseite", „Hans Huckebein", „Matthias Gollinger", „Theaterdorf" usw.
Ueberall stürmischer Jubel und ungeheurer Beifall bei jeder Aufführung.
In Vorbereitung: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**
Sonntag letzte Vorstellung: Dr. Claus.
Die Direktion.

Nächsten Freitag Nachm. 2—5 Uhr bin ich im Gasthof zur Sorge in Nebra zu sprechen.
Oscar Bartholomäi,
v. d. Kgl. Landesjustizwltg. best. Prozeßagent aus Naumburg a. S.

Künstliche Zähne
je nach Ausführung, zu billigsten Preisen.
Repar., Plomb., schmerzl. Operationen.
Bin jeden **Donnerstag** in Nebra von Nachm. 2—6 Uhr zu sprechen.
Wohnung bei Herrn Tischlermeister **Hasselbarth,** I. Etage.
Paul Hanf, Rossleben.

Saugschweine
von **Freitag** ab zu verkaufen. **A. Eichhorn.**

Herm. Neuber's altbewährte **Brustbonbons** } diätetisches = = Mittel gegen **Husten u. Heiserkeit**
Bestandt.: Mel.Extr. Malti, Anis, Cachou, Plantaginis.
Preis pro Paket 40 Pfg.
Zu haben in der Apotheke.

Echte gute Landkäse
empfiehlt **Franz Schmidt.**
Auch trafen wieder **prima Emdener Heringe** frisch ein. D. O.

Perle der Poesie!
Pfarrer von Kirchfeld.
Perle der Literatur!

Verantw. Redaktion und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Arendt's Verlag in Berlin. Verantw. Redaktion und Druck der vierten Seite und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219030304-16/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger
für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk., pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 18. | Nebra, Mittwoch, 4. März 1903. | 16. Jahrgang.

Veränderungen in höheren Regierungsstellen Preußens.

Der schon seit einiger Zeit angekündigte Wechsel in einer größeren Anzahl von höheren Regierungsstellen ist nunmehr vollzogen worden. Neben dem Posener Oberpräsidenten Dr. von Bitter, zu dessen Nachfolger der Königsberger Regierungspräsident v. Waldow ernannt worden ist, sind die Regierungspräsidenten v. Tepper-Laski in Köslin und v. Arnstedt in Magdeburg verabschiedet worden. Ferner waren durch den Tod des Regierungspräsidenten v. Holleufer in Düsseldorf und durch die Wahl des Regierungspräsidenten Renvers in Arnsberg zum Landeshauptmann der Rheinprovinz zwei wichtige Vakanzen eingetreten. Alle diese Umstände führten zu folgenden Personalveränderungen:

Regierungspräsident v. Waldow in Königsberg wird durch den dortigen Oberpräsidialrat v. Werder ersetzt. Die Stellung als Regierungspräsident in Düsseldorf erhält der mit den Verhältnissen dieses wichtigen Bezirks aus früherer Amtstätigkeit vertraute Regierungspräsident Schreiber in Minden, an dessen Stelle der aus Westfalen stammende Regierungspräsident Kruse aus Bromberg tritt. Regierungspräsident in Bromberg wird der früher als Landrat und beim Oberpräsidium in der Provinz Posen angestellt gewesene Geheime Oberfinanzrat v. Günther aus dem Finanzministerium. Für die Stelle in Arnsberg ist der Oberpräsidialrat Dr. Frh. v. Coels v. d. Brügghen aus Koblenz in Aussicht genommen. Der Regierungspräsident v. Brandenstein in Hannover rückt in die gleiche Stellung in Magdeburg, während die Stelle in Hannover durch den Regierungspräsidenten v. Philipsborn in Hildesheim besetzt wird, für welchen der der Provinz Hannover entstammende Oberpräsidialrat Fromme aus Kassel Regierungspräsident in Hildesheim wird. In Köslin wird der Polizeipräsident Graf Schwerin aus Hannover Regierungspräsident und erhält zu seinem Nachfolger in Hannover den charakterisierten Polizeipräsidenten Steinmeister aus Kassel. Der Letztere wird durch den Regierungsrat Grafen Berg in Hannover ersetzt. Es sind ferner die Polizeipräsidenten v. Schrötter von Stettin nach Kiel und v. Puttkamer von Kiel nach Stettin versetzt worden.

Zur Charakteristik der genannten Herren schreibt der ‚Berl. Lok.-Anz.':

Dem neuen Oberpräsidenten von Posen geht der Ruf eines außerordentlich tüchtigen Verwaltungsbeamten voraus. In politischer Beziehung dürfte Herr v. Waldow auf dem Standpunkte der deutsch-konservativen Partei stehen; in Königsberg hatte er durch die Nichtbestätigung eines freisinnigen Stadtrats und die im Disziplinarwege vorgenommene Verwarnung des freisinnigen Landtagsabgeordneten Dr. Krieger wiederholte Konflikte mit den städtischen Körperschaften, bei der jüngst erfolgten Einführung des neuen Oberbürgermeisters Körte bekannte er sich jedoch ausdrücklich als einen warmen Freund der Selbstverwaltung. — Der neue Regierungspräsident von Königsberg von Werder war früher Landrat des Saalkreises in Halle, von wo er im November 1899 nach Königsberg kam. Zu gleicher Zeit war der jetzt nach Düsseldorf versetzte Regierungspräsident Schreiber von dort nach Minden gekommen. Er war von 1881—1892 Landrat in Hadersleben, dann Ober-Regierungsrat in Arnsberg und seit 1897 in Düsseldorf. Sein Nachfolger in Minden, Regierungspräsident Kruse, ist noch nicht lange in Bromberg tätig, wo er auf den zum Chef der Reichskanzlei ernannten Regierungspräsidenten Conrad folgte. Besonders stark wird die Provinz Hannover von dem „Präsidentenschub" betroffen. Der nach Magdeburg versetzte Regierungspräsident v. Brandenstein galt als der hauptsächlichste Förderer derjenigen Bestrebungen, die darauf abzielten, in jener Provinz eine konservative Partei ins Leben zu rufen, wodurch bei den Wahlen in vereinzelten Fällen die Welfen noch gegenüber den Nationalliberalen Vorteile errangen. Sein Nachfolger in Hannover v. Philipsborn, ein Sohn des früheren Direktors im Auswärtigen Amte Maximilian v. Philipsborn, ist nach kurzer Beschäftigung bei den Regierungen zu Aachen und Stettin mehrere Jahre bei dem Oberpräsidium in Koblenz und seit 1891 als vortragender Rat im Ministerium des Innern tätig gewesen. Im Jahre 1894 wurde er zum Geheimen Oberregierungsrat und im Juli 1899 zum Regierungs-Präsidenten von Hildesheim ernannt. — Außer dem Regierungs-Präsidenten von Hannover sind auch der dortige Polizei-Präsident Graf Schwerin und der Regierungsrat Graf Berg, die in politischer Beziehung den Standpunkt v. Brandensteins teilten, in andere Ämter versetzt worden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Freitag debattelos einige Petitionen und beschäftigte sich sodann mit der ersten Lesung der Novelle zum Krankenkassengesetz. Dieselbe besagt, daß die Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen, die Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf 6 Wochen verlängert, und die Geschlechtskrankheiten mit den anderen Krankheiten gleichgestellt werden sollen. Gegen die Einbeziehung der Geschlechtskranken in das Krankenkassengesetz erhob nur der Abg. Spahn namens des Zentrums Widerspruch. Ferner wurde namentlich durch den Abg. Gamp (freikons.) und von national-liberaler Seite die Notwendigkeit betont, schon jetzt die schwierige Frage des Verhältnisses der Krankenkassen zu den Ärzten und Apotheken zu regeln. Die überwiegende Mehrzahl der Redner sprach sich indes dahin aus, daß im Interesse einer baldigen Verabschiedung der Novelle diese Fragen zurückzustellen seien. Die Vorlage wurde an eine Kommission überwiesen.

Am 28. v. stehen zunächst auf der Tagesordnung Petitionen. Eine Petition betr. Einführung der Strafverschickung wird dem Kommissionsbeschluß entsprechend als Material überwiesen, unter Ablehnung eines vom Abg. Thiele (soz.) gestellten Antrages auf Übergang zur Tagesordnung.

Es folgt die zweite Beratung des Postetats mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs."

Staatssekretär im Reichspostamt Krätke gibt zunächst einige Aufklärungen darüber, in welcher Weise der vorliegende Etat aufgestellt ist und spricht die Hoffnung aus, daß der nächste Etat außer den vorgesehenen 15 Millionen Mehreinnahmen noch 4—5 Millionen einbringen und damit einen Ueberschuß von 20 Millionen liefern wird. Den auf Vermehrung des etatsmäßigen Beamtenpersonals gerichteten Wünschen sei, soweit notwendig, Rechnung getragen worden. Es sind 5000 neue Beamtenstellen geschaffen, darunter allerdings nur 2000 für Assistenten, statt der verlangten 3000. Die Zahl der nicht etatsmäßigen Hilfsbeamten beträgt 9000, aber dauernd sind nur 1900 beschäftigt. Einen vom Abg. Müller-Sagan eingegangenen Antrag auf weitergehende Erhöhung der Beamtenzahl, als im Etat vorgesehen ist, erkärt er für nicht annehmbar. Der Staatssekretär geht ferner auf die Anstellungsbedingungen für die Assistenten ein, die sich wesentlich gebessert haben. Insbesondere erklärt er bezüglich der Unsicherheit der Stellung: Die Befürchtungen in dieser Beziehung sind unbegründet. Wir machen von dem Rechte der Entlassung von Assistenten nur dann Gebrauch, wenn bei fest angestellten Beamten ein Disziplinarverfahren eintreten würde.

Abg. Hug (Ztr.) bringt eine Anzahl von Wünschen seitens der Beamten vor, insbesondere wünscht er eine Erhöhung der Wohnungsgeldbezüge namentlich für Unterbeamte. Auch eine ausgiebige Sonntagsruhe müßte den Unterbeamten gewährt werden.

Abg. Eickhoff (frs. Vp.): Trotz der augenblicklich schlechten Gesamtlage der Reichsfinanzen haben wir keinen Anlaß, speziell hinsichtlich des Postetats trübe in die Zukunft zu schauen. Die Einnahmen der Postverw[illegible]
wenn auch in den letzten [illegible]
zugenommen, und wir dürf[illegible]
zunehmen. Im Gegensatze [illegible]
deshalb auch den Staats[illegible]
Reformen nachzulassen. [illegible]
durchgängig vierteljährige [illegible]
es, daß die Aussichten d[illegible]
Beförderung jetzt so sehr [illegible]
schlimmer wäre es, wenn [illegible]
daß neuerdings mehr Juri[illegible]
bahn eingeschoben werden [illegible]

Abg. Singer (soz.) w[illegible]
des Vorredners nach Veral[illegible]
jährlichen Gehaltszahlung [illegible]
System der Stellenzulagen [illegible]
führt weiter Beschwerde üb[illegible]
zu mangelhafte Sonntagsru[illegible]
haften Urlaubsbewilligung[illegible]
Auch für die Telephonistin[illegible]
lange Arbeitszeit. Beson[illegible]
Fortdauer der Maßregelung[illegible]
Eingriff in ihre staatsbürg[illegible]

Staatssekretär Krätk[illegible]
des Vorredners zurück.

Abg. Stöcker (kons.) [illegible]
des Anfangsgehalts der [illegible]
schwert sich über zu umfa[illegible]
an einzelnen Orten.

Staatssekretär Krätk[illegible]
die von uns ausgehen, soll[illegible]
des Dienstes am Sonntage [illegible]
lich ist es aber, daß der [illegible]
Hand vorgegangen ist. [illegible]
nannt, so werden wir na[illegible]
stellung der Juristen im [illegible]
habe ich nie daran gedacht, Juristen im höheren Postdienst anzustellen.

Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) moniert es, daß seine vorjährige Anregung, zu postalischer Abmachung mit der Schweiz zu gelangen in der Richtung einer Verkehrsverbilligung, noch immer keine Beachtung gefunden habe. Redner weist dann noch einige Singersche Bemerkungen zurück, welche gegen Eickhoff und dessen Ausführungen über Stellenzulagen gerichtet waren, um dann noch auf die Stellung der Unterbeamten einzugehen. Unrichtig sei es, diesen die Reinigung der Büreauräume zu übertragen. Das sollte man doch Reinmachefrauen überlassen. Es komme sogar vor, daß der Unterbeamte die Privatwohnräume des Postamtsvorstehers reinigen müsse. Einer, der sich dessen weigerte, sei sogar wegen Gehorsamsverweigerung bestraft worden.

Staatssekretär Krätke: Mir ist von einem solchen Falle nichts bekannt. Ich würde es für vollständig ungehörig halten, wenn dem Unterbeamten eine solche private Arbeit zugemutet und er gar noch, wenn er sich weigert, bestraft wird.

Abg. Kirsch (Zentr.) widerspricht der von Eickhoff gewünschten Verallgemeinerung der vierteljährlichen Gehaltszahlung. Die Lage der Beamten, ganz besonders aber der Unterbeamten sei in bezug auf

Generalleutnant z. D. v. Manteuffel †.

Am Freitag früh ist in Charlottenburg der verdienstvolle Generalleutnant z. D. Rudolf v. Manteuffel aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene, welcher am 4. Juni 1817 zu Bärwalde (Kreis Neustettin) geboren wurde, begann seine militärische Laufbahn im Jahre 1834 als Portepee-Fähnrich im damaligen 30. Infanterie-Regiment (jetzigen 4. Rhein. Inf.-Rgt. Nr. 30). Er nahm an den Feldzügen von 1866 und 1870/71 teil und erwarb sich im letzten Kriege als Führer der 24. Infanterie-Brigade das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Bis zum Jahre 1879 kommandierte er die 6. Division.

die Wohnungsfrage in der Tat eine sehr mißliche. Redner verlangt sodann noch eine größere Berücksichtigung der „Sonntagsruhe" in den vorwiegend katholischen Orten, speziell auch an den katholischen Feiertagen.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) geht auf die Lage der Unterbeamten, zumal der noch nicht festangestellten ein. Man sollte ihnen nach Möglichkeit entgegenkommen. Ebenso den Polizeiagenten und Landbriefträgern.

Abg. Werner (Antis.) ist der Ansicht, daß die Zahl der festangestellten Assistenten vermehrt werden müsse.

[illegible]n (frs. Vp.) beklagt, daß trotz
[illegible]s des Staatssekretärs dies-
[illegible]000 neue Assistentenstellen in
[illegible]en. Diesmal dürfe sich da-
[illegible]it einer Resolution begnügen,
[illegible]lber die fehlenden 1000 ein-

[illegible]ätke: Nicht finanzielle Rück-
[illegible]h Rücksichten auf den Dienst
[illegible] nur 2000 Stellen eingestellt
[illegible]bestimmtes Versprechen vor, daß
[illegible] werden sollten.
[illegible]itel „Staatssekretär" genehmigt
[illegible]er-Sagan die Assistenten- usw.
[illegible]ission überwiesen.

[illegible]ischer Landtag

[illegible]te das Abgeordnetenhaus zu-
[illegible] Herrenhauses und des Ab-
[illegible] der darauf fortgesetzten Be-
[illegible]tats wurden von den Rednern
[illegible]e lokale Wünsche, insbesondere
[illegible]en bezw. -Umbauten, geäußert.
[illegible]igt. Am Schluß der Beratung
[illegible]ebenso wie am Donnerstag bei
[illegible]Beamtenbesoldungen, daß alle
[illegible]e geprüft und nach Möglichkeit
[illegible]würden.
[illegible]haus beschäftigte sich am 28. v.
[illegible]erpellation der Konservativen
[illegible] der Notstände an der unteren
[illegible]nd Elbe. Minister Budde er-
[illegible]rung erkenne das Vorhanden-
[illegible]nde an diesen Flußläufen an;
[illegible]möglich sein, im nächsten Etat
[illegible]ttel zur Verfügung zu stellen.
Das Hochwasserprojekt der Elbe unterliege zurzeit noch der Prüfung. Die Redner aller Parteien erkannten die Notwendigkeit der Flußregulierungen an und erkärten sich bereit, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Abg. Schmieding begründete die Interpellation der Nationalliberalen betr. die Ausführung des Dortmund-Rheinkanals. Minister Budde erklärte, die Regierung halte nach wie vor an der Auffassung fest, daß sie die baldige Ausführung des Dortmund-Rheinkanals durch das Emschertal als Teilstrecke des Rhein-Weser-Elbekanals für notwendig erachte. Da in dem in Frage kommenden Gelände die Bebauung mit großer Schnelligkeit fortschreite, so finde zurzeit eine Nachprüfung der Linienführung statt. Da sonach die Linienführung nicht feststehe, so könne die Regierung mit dem Grunderwerb noch nicht vorgehen. Es fand eine Besprechung der Interpellation statt. Darauf wurden noch vom Bauetat die Einnahmen erledigt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser begab sich am Montag abend von Berlin aus über Oldenburg nach Wilhelmshaven zur Vereidigung der Marinerekruten und fährt von dort aus nach Helgoland.

*Der Kaiser hat den Regierungs-Präsidenten v. Waldow in Königsberg zum Ober-Präsidenten der Provinz Posen ernannt.

*In der Freitag-Sitzung der Budget-Kommission des Reichstags hat der Kriegsminister von Goßler erklärt, daß sich unsere neuen Geschütze bewähren: was die Rohr-Rücklaufgeschütze anlangt, so habe sich noch kein fester Niederschlag der Anschauungen gebildet, und die Sache werde als gar nicht dringend angesehen. Entsprechend dieser Erklärung wird denn auch die Nachricht, bei Krupp würde bereits an der Umgestaltung des deutschen Feld-Artillerie-Geschützes gearbeitet und bis Oktober werde eine große Anzahl Rohrrücklauf-Geschütze fertiggestellt sein, entschieden dementiert. Es handle sich um Versuchsgeschütze.

*Von der Petitionskommission war der Geschäftsordnungs-Kommission bekanntlich die Eingabe des Oberamtmannes Banner in Stuttgart auf Verstärkung der Präsidialgewalt im Reichstage überwiesen worden. Der Oberamtmann hatte vorgeschlagen, daß eine schwarze Fahne am Präsidialtische gehißt werden und der Polizeileutnant zu Hilfe gezogen werden sollte, wenn turbulente Szenen sich ereigneten. Die Kommission erachtete die Petition als ungeeignet für die Erörterung im Plenum.

*Gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes wird nach einer Meldung der ‚Frankf. Ztg.' aus Dresden die sächsische Regierung im Bundesrat stimmen. — Nach der ‚Nationalztg.' werden als sicher für die Aufhebung des § 2 bis jetzt nur die 18 Stimmen Preußens mit Waldeck und die 6 Stimmen Bayerns, also 24 unter 58, angesehen. Gegen den Antrag werden Sachsen (4), Württemberg (4) und Braunschweig (2), zusammen 10 Stimmen sei. Wie die anderen Staaten votieren werden, ist nicht bekannt.

*Der oldenburgische Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, wonach die Regierung ersucht wird, dem nächsten Landtage eine Vorlage zu machen, durch die in allen Gemeinden das Proportionalwahlrecht auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts eingeführt wird.

Österreich-Ungarn.

*Im Herrenhause erklärte Ministerpräsident v. Körber auf eine Anfrage, daß der Run auf die böhmische Sparkasse durch beunruhigende, aber jeder Grundlage durchaus entbehrende Gerüchte von großen Verlusten des Instituts hervorgerufen worden sei. Die Kasse habe vom 20. bis 25. Februar zwölf Millionen zurückgezahlt. Leider seien die bisherigen Untersuchungen nach dem Urheber jener, offenbar in böswilliger Absicht ausgestreuten Gerüchte ohne Erfolg geblieben.

England.

*Der König hat dem englischen Botschafter in Washington Herbert das Großkreuz des St. Michael-Ordens verliehen. Der Dank für Beendigung des Venezuela-Rummels, bei der allerdings Sir Herbert unter der Grobheit der „Hemdärmel-Diplomatie" Bowens besonders zu leiden gehabt hat!

Holland.

*Schon beginnt die Energie der Regierung zu wirken. Die Organisation der Eisenbahnarbeiter scheint wirklich einen Stoß erhalten zu haben. In der Nacht zum Freitag hat eine Versammlung in Groningen bereits beschlossen, daß man der Regierung Zeit lassen solle für ihre Verbesserungen. Auf der andern Seite waren zwar auch manche Eisenbahnarbeiter zum Streik

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219030304-16/fragment/page=0005